

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die 13. Folge des Jahrbuchs *Historie* ist dem Themenkomplex territoriale Plebiszite sowie dem Prinzip der Selbstbestimmung und des Schutzes von nationalen und ethnischen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa nach dem Ersten Weltkrieg gewidmet. Ausgangspunkt ist der sogenannte kleine Vertrag von Versailles, der Minderheitenschutzvertrag zwischen den Alliierten und Assoziierten Hauptmächten und Polen, dessen Unterzeichnung sich 2019 zum hundertsten Mal gejährt hat. Dieser Vertrag war der erste internationale Rechtsakt, der sich mit dem Schutz nationaler, sprachlicher und religiöser Minderheiten befasste, er wurde als Vorlage für weitere internationale Minderheitenschutzregelungen u. A. mit Österreich, der Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn, Griechenland und der Türkei genutzt.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs gewannen durch die Notwendigkeit, den neuen Grenzverlauf in Europa festzulegen, Referenden über die künftige territoriale Zugehörigkeit zu einem Nationalstaat an Bedeutung. Sie ermöglichten eine aktive Teilnahme bisher marginalisierter nationaler, ethnischer und sozialer Gruppen am politischen Leben. Mit den Mitteln der direkten Demokratie wurde in Volksabstimmungen entschieden, wer in einem bestimmten Gebiet die Mehrheit und wer eine Minderheit der Einwohner darstellte, und sie beeinflussten zudem die Entwicklung des modernen Völkerrechts. Jedoch waren die Referenden nicht frei von Missbrauch durch die beteiligten Akteure, sie wurden auch seitens der Großmächte instrumentalisiert, die darin eine Möglichkeit sahen, ihren eigenen Einfluss in der jeweiligen Region zu stärken.

Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm die Bedeutung territorialer Plebiszite eindeutig ab. Allerdings scheint das Prinzip der Selbstbestimmung mithilfe von Volksabstimmungen in letzter Zeit wieder an Bedeutung zu gewinnen. Beispiele dafür liefern die kürzlich abgehaltenen Unabhängigkeitsreferenden in Schottland und Katalonien sowie das sogenannte Referendum über den Status der Krim im Jahr 2014, das den Anschluss der Halbinsel an die Russische Föderation legitimieren sollte. Dabei weisen die verschiedenen Aspekte beim Erlangen des Status als „Minderheit“ oder „Mehrheit“ aufgrund von Mechanismen der direkten Demokratie sowie die Folgen von Volksabstimmungen, die über den Beitritt eines umstrittenen Territoriums zu einem bestehenden oder neu geschaffenen Staat entscheiden, über die historischen Beispiele hinaus.

In der aktuellen Folge des Jahrbuchs *Historie* wurden neue Rubriken eingeführt, die in Zukunft fortgesetzt werden. In der Rubrik „Quellen“ werden wir deutsche Übersetzungen historischer Quellen vorstellen, die in kritischen Editionen polnischer Verlage erscheinen. In der Rubrik „Rezensionen“ möchten wir neueste Monografien zu verschiedenen Aspekten aus dem Bereich der deutsch-polnischen Geschichtswissenschaften besprechen. Wir hoffen, dass wir mit beiden Rubriken Ihr Interesse wecken.

Redaktion